

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Sonnabend

21. März 1925

Berlin und Einzelabteilungen
Geschäftstag 9-5 Uhr

Verleger: Vormüls-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindenerstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 2808-2502

Die Ruhrentschädigungen.

Beginn der Arbeit des Untersuchungsausschusses.

Die heutige Sitzung des Untersuchungsausschusses für die Ruhrentschädigungen und Ruhrkredite diente in der Hauptsache der Feststellung eines Arbeitsplanes. Zu der Sitzung waren auch Vertreter des Reichsfinanzministeriums erschienen, da der Vorsitzende, Abg. Cindener-Wildau (Dmt.) einen Bericht des Ministeriums über die Entwicklung der Entschädigungsaktion für heute in Aussicht genommen hatte. Zunächst äußerten sich die beiden Berichterstatter über ihre Vorschläge. Berichterstatter Dr. Perllius (Zentrum) schlug vor, zuerst die Entschädigungsaktion für die Ricumlieferungen zu behandeln und darüber den Vorschlag eines Regierungskommissars entgegenzunehmen. Berichterstatter Dr. Herz (Soz.) unterbreitete dem Ausschuss den Entwurf eines vorläufigen Arbeitsplans, der in Form von Richtlinien die nächsten Aufgaben des Ausschusses festlegte. Der Entwurf teilt den

Gegenstand der Untersuchung in drei Gruppen:

1. Die eigentlichen Zahlungen während des Ruhrkampfes 1923.
2. Die Anrechnung und Zahlung der sogenannten Restforderungen der Ruhrindustrie aus den Reparationsleistungen des Ruhrkampfes.
3. Die Zahlungen und die Anrechnung der Beträge aus den eigentlichen Ricumlieferungen.

Soweit die Denkschrift der Regierung die erforderlichen Unterlagen nicht enthält, sollen sie dem Ausschuss vorgelegt werden, und zwar in folgenden Gruppen:

1. Die Akten der Reichsregierung über die eigentlichen Ricumlieferungen, so die Protokolle der Kabinettsitzungen und Ministerbesprechungen vom 20. Oktober, 31. Oktober und 1. November 1923, die Akten der Regierung über die Verhandlung mit den Industriellen über die Entschädigung der Ansprüche, die ersten Auszahlungen und die weiteren Auszahlungen, weiter die Gutachten des Reichskommissars für Kohlenlieferungen, des Reichskommissars in Essen und des Reichskommissars für die Kohlenverteilung, die in der Denkschrift der Regierung erwähnten Berichte über die bedrohliche Lage einzelner Unternehmungen und ganzer Industriezweige, das von der Ruhrindustrie besetzte Gutachten zweier Juristen über die angeführten Rechtsansprüche des Bergbaus, ein Verzeichnis der mit Entschädigungen bedachten Firmen und die eingehende Abrechnung der Finanzämter über die noch zu leistenden Steuerbeträge.

Weiter verlangt der Vorschlag des Abg. Herz die

Vortagung von Material,

das in der Denkschrift nicht enthalten ist, so Angaben über die Höhe und Bedingungen der vom Reich während des Ruhrkampfes an die Wirtschaft der besetzten Gebiete gezahlten Beträge, getrennt für die einzelnen Industriezweige, ebenso Angaben über Höhe und Bedingungen der von den verschiedenen Reichsteilen, der Reichsbank usw. gewährten Kredite mit Nachweis des Geldentwertungsverlustes, Angaben über das im Jahre 1923 von den industriellen Unternehmungen in Verkehr gebrachte Notgeld, über die Steuerleistungen der entschädigten Unternehmungen in den Jahren 1923 und 1924, Nachweis der von der Ruhrkohle-N.-G. vorgenommenen Unterverteilung der Entschädigungsbeträge, Angaben über die Zahlungsfähigkeit der großen entschädigten Unternehmungen an Hand ihrer Goldbilanzen, Uebersicht über die in den einzelnen Monaten der Jahre 1923 und 1924 gezahlten Löhne, der Produktionskosten, des Leistungsgewinnes der Arbeiter, der Kohlenpreise und der Abfahrtsverhältnisse und endlich Angabe der von der Replo zu den Ricumlieferungen gutgeschriebenen Beträge.

Der Vorschlag des Abg. Herz regte an, die Vernehmungen

Untersuchung der eigentlichen Ricumlieferungen zu beginnen

und zwar in erster Linie mit den Entschädigungen für die Ruhrkohle-N.-G., weil sie nach Höhe und Bedeutung an erster Stelle stehen. Von hier aus sollte sich die Untersuchung der Entschädigung der anderen Gruppen sowie den Zahlungen während des Ruhrkampfes und der Vergütung der sogenannten Restforderungen zumwenden. Um den Verhandlungen eine sachlich orientierende Basis zu geben, sollten die Direktoren des Reichskohlenverbandes Stüb

und Löffler und der Geschäftsführer des Reichskohlenrats Bennhold zugezogen werden.

Abg. Herz erläuterte in einzelnen seine Vorschläge und hob hervor, einen allgemeinen günstigen Arbeitsplan aufzustellen, sei unmöglich, man müsse aber einen Punkt angeben, von dem aus man die Untersuchung beginnen müsse. Das sei die Entschädigung für die Ricumlieferungen.

Der Vorsitzende Abg. v. Cindener-Wildau regte an, zunächst die rechtlichen Grundlagen der Entschädigungsaktion zu behandeln, und hier der historischen Entwicklung zu folgen, wobei er die Entgegennahme eines Berichts der Regierungsvertreter empfahl. Gegen den Vorschlag, schon heute eine Darstellung der Regierung entgegenzunehmen, wandten sich die Abgg. Dr. Breitscheld (Soz.), Stöcker (Komm.), Böll (Dem.) und Esser (F.), wobei die letzteren vor allem die Ausdehnung der Untersuchung auf die Entschädigung des Mittelstandes verlangten.

Von der Anhörung eines Berichts der Regierungsvertreter wurde dann im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden abgesehen.

Die weitere Erörterung drehte sich um die Frage, ob zunächst die rechtlichen oder die materiellen Fragen der Entschädigungsaktion zum Gegenstand der Untersuchung gemacht werden sollen, und wobei man dabei auszugehen habe. Abg. Dr. Herz (Soz.) betonte, daß die Rechtsfrage bei den Zahlungen während des Ruhrkampfes bisher von keiner Seite bestritten worden sei, also einer Nachprüfung zunächst nicht bedürftig, daß aber bei den

Entschädigungen für die Ricumlieferungen

die Rechtsfrage, soweit sie das Budgetrecht betreffe, Gegenstand der Verhandlungen des Haushaltsausschusses sein sollte. Nach seiner Auffassung könne der Haushaltsausschuss die Indemnität gar nicht erteilen, bevor der Untersuchungsausschuss sein Urteil über die Rechtmäßigkeit der Aktion gesprochen habe. Die Regierung habe doch selbst bei den Verhandlungen im Plenum zu erkennen gegeben, daß sie die in der Denkschrift aufgestellte These nicht mehr aufrecht erhalte, wonach der § 33 der Reichshaushaltsordnung ihr Vorgehen juristisch gedeckt habe. Wenn man die Untersuchung des Ausschusses mit dem 11. Januar 1923 beginne, laufe man Gefahr, in diesem Jahre überhaupt nicht mehr fertig zu werden. Deshalb empfehle sich, nicht mit den juristischen Fragen, sondern mit der Prüfung der materiellen Fragen, und zwar mit der von ihm oberschlagenen Untersuchung der Ricumlieferungen zu beginnen.

Abg. Stöcker (Komm.) beantragte, den Absatz B des Vorschlags des Berichterstatters, der Feststellungen über die in der Denkschrift der Regierung nicht erwähnten Angaben und Nachweisungen empfiehlt, als offiziellen Arbeitsplan des Ausschusses zum Beschluß zu erheben. Dagegen wurde eingewandt, daß damit die Aufgabe des Ausschusses möglicherweise zu eng umgrenzt würde. Ein Antrag Esser (F.) will, daß in der nächsten Sitzung des Ausschusses die von Dr. Herz verlangten Akten der Reichsregierung vorgelegt und ein erläuternder Bericht der Regierungsvertreter entgegengenommen werden solle. Später könne die Entscheidung darüber getroffen werden, ob zunächst die Rechtsfrage, dann die materielle Berechtigung der Entschädigungen und schließlich die Nichtberücksichtigung bestimmter Bevölkerungsteile bei den Entschädigungsfragen behandelt werden solle.

Man kam darüber überein, daß die Akten der Regierung zunächst von den beiden Berichterstattern und dem Vorsitzenden geprüft, und daß darüber in der nächsten Sitzung ein Bericht erstattet werden soll. Der Antrag Esser wurde dann gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen; der Widerspruch der Sozialdemokraten richtete sich lediglich gegen die Forderung auf Entgegennahme eines Berichts der Regierung. Abg. Breitscheld (Soz.) betonte, daß ob und wieviel die Regierung vorzunehmen werden solle, erst die Prüfung der Akten ergeben könne.

Der Antrag Stöcker wurde dann nach einem Vorschlag des Vorsitzenden in der Form zum Beschluß erhoben, daß der Vorschlag des Abg. Dr. Herz dem Ausschuss als allgemeine Richtlinie dienen soll, ohne daß der Ausschuss damit die Grenzen des Untersuchungsgegenstandes beschränkt.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am 2. April, vormittags 10 Uhr, statt.

Jarres, der Unmögliche.

Ein Oberbürgermeister, aber kein Reichspräsident!

Nach noch außen bedarf unser Volk, wie der verstorbene Reichspräsident klar erkannte, zu seinem Wiederaufstieg des Friedens, hätte er jenen unheimlichen Stimmungen nachgegeben, die nach dem Ruhrkampf schon verloren gaben und von seiner späteren Zurückberührung träumten, dann ginge jetzt Deutschland tödlich verstimmt einer dunklen Zukunft entgegen.

Otto Braun.

In jener ruhigen und sachlichen Form, die sein ganzes Auftreten auszeichnet, hat der sozialdemokratische Präsidentschaftskandidat Genosse Otto Braun, den Kernpunkt aufgezeigt, um den es sich in dem ganzen Streit um die Verfassungspolitik handelt. Die Anhänger des Herrn Jarres versuchen immer wieder, diesen Kernpunkt zu verfechten, indem sie die Dinge so darstellen, als ob man gegen ihren Erlörenen ehrenrührige Vorwürfe erheben wollte. Aber nicht um die persönliche Ehrenhaftigkeit des Herrn Jarres handelt es sich hier, sondern um seine Qualifikation als führender Politiker. Und nur insofern spielt neuerdings auch die Ehrenfrage in diese Angelegenheit mit hinein, als Herr Jarres, bei einem ganz aussichtslosen Versuch, seine Vergangenheit zu verleugnen, er tappt und durch zahlreiche dokumentarische Beweise widerlegt wurde.

Ueber „Die Rheinlandkrise des Herbstes 1923“ und die Rolle, die Herr Jarres in ihr gespielt hat, unterrichtet in objektiver Form eine Schrift, die Herr Walter Kamper, Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ in Köln, kürzlich im Verlag der Frankfurter Sozialisten-Druckerei erscheinen ließ.

Kemper schildert die verzeffelste Lage, in der sich Rhein und Ruhr und mit ihnen ganz Deutschland am Ausgang des Ruhrkampfes befanden. Er tritt nicht als geschäftiger Gegner auf, sondern er erkennt voll die mildernden Umstände an, die den Anhängern der „Verfassungspolitik“, der Katastrophopolitik argente kommen. Nichtsdestoweniger ergibt sich aus seiner Darstellung klar, daß die Politik Deutschlands damals in zwei Lager zerfiel: in dem einen herrschte Rastlosigkeit und Verzweiflung, in dem anderen ruhige Ueberlegung. Dieses andere, zu dem auch Herr Stresemann gehörte, rettete das Reich. Auf der Gegenseite, im Lager der Katastrophopolitik, erlitt man aber immer wieder als den Führer zum Abgrund den jetzigen Reichspräsidenten Jarres.

Von hier aus fällt auch ein Licht auf die Politik der großen Koalition, die zu treiben die Sozialdemokratie damals gezwungen war, um Ruhr und Rhein zu retten. In einer Darstellung der Verhältnisse in der Regierung der großen Koalition führt Kamper aus:

Unter ihnen (den Ministern des Kabinetts) hat besonders der im Rheinland ansetzende Minister des Innern Solmann in jedem Stadium der Entwicklung den Gedanken der Verfassung, in welcher Form er auch auftraten mochte, entschieden bekämpft. Bereits Anfang November führte indes die zweite Krise des Kabinetts Stresemann zum Rücktritt der sozialdemokratischen Minister; wenige Tage später, am 11. November, trat Dr. Jarres als Minister des Innern in das Kabinett ein.

Ein Teil der einschlägigen Gegner der Verfassungspolitik war damit aus der Reichsregierung ausgeschlossen worden. Dr. Jarres hat später öffentlich erklärt, es sei nach seiner Ernennung zum Minister selbstverständlich für ihn gewesen, die von dem Reichskanzler Stresemann festgelegte Politik loyal mitzumachen; er würde sonst nicht in das Kabinett hineingegangen sein. In Wirklichkeit war aber die Stresemannsche Politik gar nicht so festgelegt, daß Herr Jarres nicht Möglichkeit genug gefunden hätte, ohne Verletzung seiner Loyalitätspflicht auf seiner Grundausfassung zu beharren. Er wurde hierzu dadurch direkt aufgefordert, daß im Kabinett beide Auffassungen bereits vertreten waren.

Als solche Anhänger der Verfassungspolitik im Kabinett bezeichnet Kamper den Arbeitsminister Dr. Brauns und den Reichswehrminister Dr. Gehler. Wahrscheinlich sind die dröhnenden Ankündigungen der Reichspresse, sie würde die „wahren Verfassungspolitiker“ im Zentrum und bei den Demokraten enthüllen, auf diese Tatsache zurückzuführen. Richtig ist, daß die Scheidelinie der Auffassungen damals durch die verschiedensten Parteien hindurchging. Ebenso richtig ist aber auch, daß der eigentliche Bannerträger der Verfassungspolitik kein Zentrumsmann und kein Demokrat gewesen ist, sondern eben der Kandidat des „Reichsblocks“, Herr Jarres.

In der Hauptsache waren es die Sozialdemokraten und sonstige Politiker der Linken, die an dem Plan festhielten, auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen die Lage der Bevölkerung der besetzten Gebiete wieder erträglicher zu gestalten und auf diesem Weg die Räumung vorzubereiten. Das aber ist der Weg, den heute ganz Deutschland zu gehen entschlossen ist. Die gegenwärtige deutsche Regierung mit ihrem stark deutschnationalen Einschlag denkt nicht im entferntesten daran, den Franken die unbeschränkte Herrschaft im besetzten Gebiet zu überlassen. Sie ist im Gegenteil dazu bereit, die Abrechnung in Deutschland zu vervollständigen, um die Bedingungen für die Räumung der Kölner Zone zu erfüllen; sie ist sorgsam auf die Ausführung des Dawes-Planes bedacht, um im Sommer dieses Jahres die Räumung des Ruhrgebietes zu bewirken; sie ist bereit, Frankreich das Elsass, Belgien Eupen und Namur

Vertagte Lösung.

Die Saboteure in Preußen beklagen sich.

Der Landtag hat sich gestern auf den 31. März vertagt. In der Zwischenzeit wird das Ministerium Marx die Geschäfte weiterführen, unterstützt und kontrolliert vom ständigen Ausschuss des Landtags, in dem 15 Mitglieder der Weimarer Koalition 14 Mitgliedern der Opposition um jeden Preis gegenüberstehen. Damit ist die Klärung der Ministerfrage in Preußen bis nach der Entscheidung der Reichspräsidentenwahl im ersten Wahlgang vertagt, die einzig mögliche Lösung und eine Lösung, die man im Interesse des preussischen Landes nur begrüßen kann.

Wenn die deutsch-nationale Presse auf diese Regelung mit Lobfuchsanfällen reagiert, so ist das lediglich als ein Zeichen für den Grad der Verärgerung zu registrieren, den der Jarres-Block über die eigenen Mißerfolge empfindet. Es ist sehr amüsant, wie heute dieselbe Presse über die Gewalttätigkeit, Parlamentsputschakt und brutale Obstruktion der Weimarer Koalitionsparteien weilt, die gestern noch geschmäht die „Kämpf mit allen Mitteln“ ankündigte. Die Weimarer Parteien haben den „Kampf mit allen Mitteln“ aufgenommen und die Jarres-Blöcker haben die verdienten Prügel bezogen. Sie mögen sich bei ihren eigenen Führern darüber beklagen.

Im Zentrum haben die Außenminister wieder zur Partei zurückgefunden. Das kam schon dadurch zum Ausdruck, daß die Zentrumsmitglieder, die in letzter Zeit ihre Stimmen gesondert abgegeben hatten, gestern wieder mit der Partei stimmten. In der „Germania“ nun heute ver-

sichern nunmehr die Abgg. v. Popen und Loenarz, ihr Verhalten habe sich weder gegen Marx noch die von ihm befolgte Politik gerichtet. In der Erklärung heißt es weiter:

„Die Abgeordneten von Popen und Loenarz erkennen an, daß die Wirksamkeit der Zentrumsfraktion wesentlich bedingt wird durch die Geschlossenheit ihres Handelns. Sie erklären sich bereit, dem Rechnung zu tragen, von der Ueberzeugung ausgehend, daß durch die gemeinsame, alle Kreise der Partei gleichmäßig berücksichtigende Arbeit der Fraktion der gerechte Ausgleich zwischen allen Anschauungen innerhalb der Zentrumspartei gefunden werden wird.“

In der Frage der Kabinettsbildung gibt die „Germania“ eine Zuschrift aus parlamentarischen Kreise wieder, in der es heißt, das Zentrum habe nicht das Bedürfnis, das zu bildende Beamtenkabinett mit seinem Namen zu firmieren. Das sei eine Aufgabe für die Volkspartei, die als Trägerin des Gedankens des Beamtenkabinetts die Anwartschaft auf den Ministerpräsidenten habe. In der Zuschrift heißt es weiter:

„Aber der Augenblick der „Reoanache“ ist vielleicht nicht mehr fern; er ist vielleicht näher, als die Rechtsparteien es wünschen. Machen sie die Bildung eines Beamtenkabinetts unmöglich, so werden sie sich darüber klar sein, daß dann die Initiative an sie übergegangen ist. Und dann wird man sehen, was sie zu leisten imstande sind.“

Die Zuschrift nimmt davon Abstand, sich in diesem Augenblick ausführlicher zu der Frage zu äußern, da noch nicht alle Möglichkeiten der Bildung eines Beamtenkabinetts erschöpft seien.

für alle Zeit zu überlassen und auf jede gewalttätige Lösung auch der Offiziere zu verzichten; sie erwägt ernstlich den Eintritt in den Bänderbund, um in den gesicherten Besitz des Rheins zurückzukehren. Das ist ein Sieg der von der Sozialdemokratie eifrig geförderten, von Herrn Jarres aber seinerzeit fanatisch bekämpften Verständigungspolitik auf der ganzen Linie.

Heute wird auch Herr Jarres innerlich zugeben: Wäre er im Herbst 1923 mit seinen Absichten durchgedrungen, dann ginge jetzt Deutschland tödlich verstimmt einer dunklen Zukunft entgegen.

Herr Jarres war bis zum Ausbruch des Ruhrkampfes einer der vielen deutschen Oberbürgermeister, die sich um Politik nicht sonderlich kümmern. Kaum aber begann er sich um sie zu kümmern, so legte er sich sofort auf die falsche Seite. Es war seine erste, einzige Prüfung. Bei der fiel er durch. Seine Freunde rühmen sein „deutsches Herz“. Aber das „deutsche Herz“ reicht leider nicht aus, um den politischen Verstand und Weitblick zu erwecken, den ein Staatsoberhaupt nun einmal braucht und den Herr Jarres nicht besitzt.

Als Reichspräsident ist Herr Jarres unmöglich. Das wird — wir vertrauen darauf — die große Mehrheit des deutschen Volkes erkennen und am 29. März klar zum Ausdruck bringen. Daß er als Reichspräsidentenkandidat großer und einflussreicher Verbände möglich wurde, ist kennzeichnend für den unpolitischen Sinn des deutschen Großbürgertums und für den katastrophalen Mangel an Persönlichkeiten, der auf jener Seite herrscht. Diese Leute verstehen etwas von Geschäften, nichts von Politik. Jetzt sind sie drauf und dran, durch die unmögliche Kandidatur des Herrn Jarres neues Unheil zu säen.

Nur die Masse der arbeitenden Volkes kann Deutschland retten! Soll Deutschland nicht vor aller Welt blamiert dastehen und dem hoffnungslosesten Dilettantismus die Führung überlassen, dann scheidet am 29. März nicht Jarres, sondern Braun!

„Ein bezeichnender Zwischenfall.“

Am Schlusse eines schwungvollen Berichts des „Lokal-Anzeigers“ über die gestrige Jarres-Berammlung in Breslau lesen wir:

„Am Haupttore ereignete sich ein kleiner, aber bezeichnender Zwischenfall. Ein junger Mann verteilte Flugblätter, um die sich die aus dem Saale strömenden Massen zunächst rissen. Wörtlich wurde festgestellt, daß es sich um Propagandablätter der Zentrums-Partei mit dem beschwörenden Rufe: „Wählt Marx!“ handelte. Im selben Augenblick stürzte sich die Menge auf den Mann, warf ihm die Zettel vor die Füße und verlangte seine Entfernung durch die Polizei. In einer Seitenstraße verschwand der Jüngling. — Und noch einmal erkante aus den Reihen der Begeisterten mahnend das Deutschlandlied.“

Dieser Vorfall ist für die Geistesverfassung der Killinger-Jünglinge ebenso „bezeichnend“ wie seine mahlstichtige Schilderung im „Lokal-Anzeiger“.

Bisweilen erleben wir es noch, daß Zettelverteiler unter den machtlossten Klängen des Deutschlandliedes mahnend verprügelt werden, weil sie am Ausgang von Jarres-Berammungen Propaganda für Ludendorff machen.

Heil!

Wie wir hören, planen die Schriftleiter derjenigen Blätter, die für die Kandidatur Jarres agitieren, einen Aufruf an das deutsche Volk.

Die Bitte der Unterzeichner beginnt in alphabetischer Reihenfolge mit: Siegfried Breslauer vom „Berliner Lokal-Anzeiger“ und endet mit Reinhold Wulle vom „Deutschen Tageblatt“.

Aus dem Munde der Kinder.

Von Arturo Giovannitti.

Die Dame sah im schimmernden Saal am Tisch, beleuchtet von zarten Wachstern.

Ich blinnte von der Straße hinein und wußte nicht, was am meisten glänzte: die junge blaugelbeidete Hölche der Dame, der feuchte Schimmer des Tischsches oder das Gleichen des Büsters, das Silber, das Gold, das Kristall oder vielleicht der strenge glänzende Schadel des feierlichen Kellners.

Aber ich wußte, daß der Kellner um der Dame willen da war und nicht der Dame um des Kellners willen, wie manche vielleicht glauben.

Die Dame aber war da um der zarten, frierenden kleinen Hündin willen, die sie im Arm hielt, und die kleine Hündin hatte die Pfötchen auf das schneeweiße Tischsches gelegt, während sie von der Dame gestützt wurde, liebensvoll und fürsorglich; ihre Nahrung war: Seele und Gebirg des Kellners, mit goldenem Bissel in silberner Schüssel verrührt.

Mein soß die Dame im schimmernden Saal, beleuchtet von zarten Wachstern. Ich betrachtete sie durch das mit Eisblumen umpernende Fenster, und sie dachte mich Hebe, die den letzten lebenden Gott mit Rektor labt.

Draußen vor dem Wandstertor wartete der große schwarze Wagen, und neben mir stand ein kleiner Zeitungsjunge, mit den Augen die duftige Schönheit der Dame verschlingend oder vielmehr die köstliche Speise der zitternden Hündin.

Ich schaute den Jungen an und blinnte tief in seine gierigen Augen und fragte: „Woran denkst du, kleiner Freund?“

Er erwiderte: „Ich habe in vier Stunden sechs Zeitungen verkauft, und nun sind die anderen feucht und alt, denn Zeitungen altern rasch und sterben in wenigen Stunden.“

Und er sprach weiter: „Meine Mutter ist tot, mein Vater im Zuchthaus, ich aber habe in vier Stunden nur sechs Zeitungen verkauft.“

Und er sagte: „Ich möchte, ich wäre jener Hund.“

Wieder betrachtete ich ihn; seine Augen waren voller Tränen, die nur Frauen begreifen junge Tränen, über die Männer lächeln.

Und ich erwiderte: „Ja, mein Junge, wärest du jener Hund, du würdest heute bestimmt genährt und geliebt werden.“

„Und wenn du auch deine Mutter nicht mehr zu küssen vermögst, so dürftest du wenigstens die Hand deiner Herrin lecken, denn sie ist reich und lieb, nicht wahr?“

Er hob zu mir die Augen, die großen, blauen, tränenfeuchten Augen, sie blickten zornig, und durch zusammengebissene Zähne antwortete der kleine Zeitungsjunge:

„Rein, Gott verdamme mich, ich würde ihr die Nase abbeißen!“

Und schon lief er fort, hinein in den tobenden Schneesturm.

Vor ihm aber schaute ich die Sonne, die große, die warme, die strahlende Sonne.

„Temps“ wünscht Jarres!

Telegramm des „Berliner Lokal-Anzeigers“.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ läßt sich aus Paris telegraphieren:

„Daß sich der „Temps“ mit dem Programm von Dr. Jarres natürlich nicht vollständig vorbehaltlos einverstanden erklärt, liegt auf der Hand. Trotzdem ist das Blatt freimütig genug, um zu betonen, daß man zu Dr. Jarres wohl Vertrauen haben könnte im Hinblick auf die Durchführung seiner Verständigungspolitik.“

Also, um der Verständigungspolitik willen wählt Jarres! Der Pariser „Temps“ wünscht es!

Jetzt fehlt nur noch ein Empfehlungsschreiben von Poincaré!

Lernt vom Gegner!

Vergeht nicht die mündliche Werbearbeit.

In der Presse des Hugenberg-Konzerns wird folgende Zuschrift eines Jarrestisten veröffentlicht:

„Wie wichtig die mündliche Werbearbeit ist und wie wenig Presse und Flugblätter allein genügen, zeigen folgende Fälle: Schreiber dieses ist in Berlin in ein anderes Stadtviertel gezogen und erkundigte sich in der Nachbarschaft nach der Stelle, wo die Wählerlisten ausliegen. Dabei hat er, nahezu unglaublich, folgendes festgestellt:

In der Bäckerei mußte weder der Mann noch die Frau, daß überhaupt eine Wahl sei. Sie hätten keine Zeit, Zeitungen zu lesen. Der Hauswart hatte wohl etwas von einer Wahl gehört, wußte aber nicht, wann und weshalb, er glaubte, der Sonntag sei wieder aufgelaßt. Der Gemüshändler war wohl unterrichtet, kümmerte sich aber um den „langen Quotisch“ nicht, usw.“

Nur diese drei Aufzählungen seien hier wiedergegeben, um darauf hinzuweisen, daß, wenn der Rechtsblock seinen Kandidaten Dr. Jarres durchbringen will, es nicht genügt, mit Presse und Flugblättern zu arbeiten, sondern daß eine intensive mündliche Propaganda betrieben werden muß, eine Tätigkeit, für die auch ganz besonders unsere Frauen in Frage kommen, die bei ihren Einkäufen usw. die beste Gelegenheit dazu haben. Die mündliche Propaganda muß dann selbstverständlich nach Möglichkeit durch sofort zu überreichende Flugblätter unterstützt werden.“

Es ist zwar sehr unterhaltend, daß dieser Jarrestist in seiner Herzenseinfalt vom Rechtsblock spricht statt vom „Reichsblock“, wie man offiziell und fälschlich die Vereinigung der Monarchisten ohne Ludendorff nennt. Aber darüber hinaus gilt alles, was der Rechtsblock über die Notwendigkeit mündlicher Agitation sagt, auch für unsere Genossen! Auch sie dürfen sich nicht nur auf Versammlungen und Flugblätter verlassen, sondern müssen in dauernder mündlicher Werbearbeit wirken für einen großen Erfolg unseres Kandidaten Otto Braun!

Aufruf für Ludendorff.

„Der Kandidat der nationalen Opposition.“

Zugunsten der Präsidentschaftskandidatur Ludendorff wird jetzt von den Nationalsozialisten ein Aufruf erlassen, der von Adolf Hitler, den völkischen Parlamentariern Bagerns und einer Reihe nationalsozialistischer Persönlichkeiten aus Thüringen, Sachsen, Schlesien sowie von Dr. Schlögl-Berlin unterzeichnet ist. Es wird darin zunächst vor dem Erfüllungspolitiker Jarres gewarnt und dann u. a. erklärt:

„In diesen Stunden vermögen wir uns aber nicht mit einem bloßen Protest abzufinden, sondern fühlen es als unsere Pflicht, der Kandidatur antinationaler Volksfeinde oder nationaler Mittelmächtigkeit eine Kandidatur der nationalen Energie entgegenzusetzen. Wir Männer der nationalen Opposition schlagen deshalb allen jenen deutschen Männern und Frauen ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit, die in der Fortsetzung der Novemberpolitik nach innen und außen Deutschlands Untergang sehen, den Generalquartiermeister des Weltkriegs, General Ludendorff, als Kandidaten für die Präsidentschaftswahl vor.“

Nach Mitteilung des „Völkischen Kuriers“ stehen folgende Organisationen hinter der Kandidatur Ludendorff: Nationalsozialistische Arbeiterpartei, Frontbann, Frontkriegerbund, Deutschnationaler Offiziersbund, Bund Oberland, Mitteldeutscher Bund und große Teile des Werwolf, Stahlhelm und Jungde.

Thüringer Justiz.

Freispruch im Weimarer Weineidsprozeß.

In den letzten Tagen wurde vor dem Schwurgericht Weimar ein Weineidsprozeß verhandelt, der sich um die Person des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert drehte. Es handelte sich darum, daß vier jetzt Angeklagte in einem früheren Prozeß wegen Beleidigung des Reichspräsidenten unter Eid befehligt hatten, sie hätten als Mitglieder der früheren Weimarer Sicherheitswehr während der Verhandlung der Nationalversammlung den Reichspräsidenten und andere Politiker verschiedener Art getrunken gesehen. Der Hauptangeklagte, ein Agent Max Potenhauer, heute Kommunist, will sogar gesehen haben, daß Ebert in angetrunkenem Zustande einen Filzhut verloren habe, den Potenhauer jetzt dem Gericht überlieferte. Diese Geschichte mit dem verlorenen Filzhut hat schon seit langem den Gegenstand der Unterhaltung politischer Klatschbasen aller Richtungen gebildet. Es mußten wirklich vor Gericht in Weimar ernsthaft Zeugen auftreten, um darüber Rechenschaft abzulegen, daß sie Ebert niemals angetrunken gesehen haben. Ebert selbst hat noch kurz vor seinem Tode zeugeneidlich versichert, daß er in Weimar niemals einen Hut verloren habe.

Das Gericht kam aber trotzdem zur Freisprechung sämtlicher vier Angeklagten, weil es der Meinung war, daß die Angeklagten unter ihrem Eid nichts Ehrenrühriges für Ebert befehligt hätten, und daß die Möglichkeit einer Verwechslung von Personen vorliege. Deshalb könne man nicht den Beweis für einen jahrlängigen Falschheid als erbracht ansehen. Potenhauer, der sich eingebildet habe, er habe den Hut Eberts gefunden, habe vermutlich den Reichspräsidenten mit einem anderen, ihm ähnlich sehenden Persönlichkeit verwechselt. Daß der von ihm gezeichnete Mann nicht Ebert gewesen sei, hält das Gericht für erwiesen. Es sei nicht im geringsten bewiesen, daß der Reichspräsident tatsächlich betrunken oder auch nur angetrunken gewesen sei.

Das Gericht verbindet also den Freispruch derjenigen, die Ebert verlästert haben, mit der Versicherung, daß der verstorbene Reichspräsident in Person und Haltung untadelig sei! Weiber hat es seine Verhandlungen um einige Tage zu früh abgeschlossen. Sonst hätte es noch von dem Briefe des demokratischen Reichstagsabgeordneten Herrmann-Kentlingen Kenntnis nehmen müssen, der nach Vertüre der Verhandlungsberichte sich freiwillig beim Gericht meldete mit der Angabe, daß der von Potenhauer gefundene und jetzt vor Gericht aufbewahrt hat ihm gehöre, und daß er — Herrmann — diesen Hut in Weimar verloren habe.

Diese Feststellung hätte vielleicht auch nichts an der Freisprechung der leichtfertigen Angeklagten geändert, aber es wäre doch wenigstens dadurch der letzte Schein der Berechtigung für jene niederträchtigen Klatschereien über Ebert beseitigt worden.

Reichspräsident Ebert ist durch die vielfachen Verdrängungen und Beschimpfungen, gegen die er nur in den allergrößten Fällen die Hilfe der Gerichte in Anspruch nahm, vorzeitig in der Gesundheit zu Grunde gegangen und dadurch einem frühen Tode überliefert worden. Nach seinem Hinscheiden kann ihm die Feststellung des Weimarer Schwurgerichts, daß er sich untadelig benommen habe, persönlich keine Genugtuung mehr bringen. Aber da Ebert tot ist, kann sich die Verleumdung jetzt ja anderen sozialdemokratischen Objekten zuwenden.

Des chilenischen Präsidenten Wiederkehr. Habas meldet aus Santiago de Chile, daß der vor wenigen Monaten durch einen Militärputsch vertriebene Präsident Alessandri dort angekommen ist. Er wurde vom Bürgermeister, dem Ministerpräsidenten, den Mitgliedern der Junta, dem diplomatischen Korps und einer großen Anzahl von politischen Persönlichkeiten empfangen. Die Bevölkerung hat ihn begeistert begrüßt. Präsident Alessandri hat sein Amt wieder übernommen.

Funfismenchen unbekannt waren. Freilich hat uns der Krieg auch manche der Bemühung dienende Erfindung gebracht, wie die Giftgase, von denen er nichts ahnte. Und so ist die Weltlichkeit doch noch erfindungsreicher und phantastischer gewesen, als die kühnste Einbildungskraft des Kopflisten.

Ein Stromerzeuger von 600 000 Volt. Um die von Niels entdeckte Umwandlung des Quecksilbers in Gold in großem Maßstab auszuführen, wird jetzt für die Laboratorien der Universität Paris ein Generator gebaut, der einen direkten Strom von 600 000 Volt erzeugt und damit die höchste Spannung hervorbringt, die jemals durch direkte Ströme hervorgerufen worden ist. Zwar ist eine Spannung von 2 Millionen Volt durch Wechselströme erreicht worden, aber diese Form der elektrischen Kraft ist für die Zerstörung der Atome durch Bombardement nicht verwendbar. Der neue Riesengenerator soll aber hauptsächlich zur Atomzertrümmerung verwendet werden. Sodann will man ihn auch zur Erzeugung von kurzwelligen Radiostrahlen für die Behandlung des Krebses verwenden.

Die amerikanische Autoindustrie in Zahlen. Die gewaltige Bedeutung, die die Industrie der Kraftfahrzeuge in den Vereinigten Staaten gewonnen hat, geht aus den Zahlen hervor, die in der „Lithium“ veröffentlicht werden. Danach sind gegenwärtig bei der Herstellung von Kraftwagen 3 105 350 Arbeiter tätig; dazu kommen dann noch diejenigen, die mittelbar von der Autoindustrie leben. Dazu gehören 1 220 000 Berufsaushreuer, 260 000 Agenten usw., 60 000 Arbeiter, die mit der Herstellung des Betriebsstoffes beschäftigt sind. Die Zahl der Leute, die im Straßenbau, mit der Fabrikation von Werkzeugmaschinen, mit der Herstellung von Automobilfabriken usw. beschäftigt sind, läßt sich nicht annähernd schätzen.

Selbstführungen der Woge. Mittw. Residenz: „Sunburn“. — Donn. Kambolenshaus: „Narem“. — Sonnab. Westpol: „Lautend ihre Stimmen“.

Beleid-Vorträge. Täglich: Mexiko- und Anblenium. Mittw. 7. — Der Abendgang einer Tageszeitung. Mittw. 8. Sonnab. — Unter dem Schatten des Nordpols. Sonnab. 7. — Die deutsche Kleinkunst.

In dem Wagner-Abend des Berl. Sing.-Orch. am Sonntag 6 Uhr im Bühnen-Saal wird Wilhelm Gullmann (Berlin) als Solist mit.

Beuno Bolter, der gegenwärtig in New York konzertiert, ist auch in diesem Jahre zum ersten Mal der Londoner deutschen Opern-Saison, beurlaubt worden. Auch die Leitung der Salzburger Festspiele ist ihm übertragen.

Kana Pawlowa wird im September eine Anzahl Choreographischer Abende in Deutschland mit ihrem Partner Kooloff sowie fünf ihrer besten Solistinnen absolvieren.

Schwimmende Sanatorien auf der Wolga. Zwei große Badegasthäuser werden an Roken der Moskauer Sanatorien-Bereinigung umgebaut und als Erholungsheime für Rekonvaleszenten eingerichtet. Auf jedem der beiden Schiffe sollen 400 Plätze für erholungsbedürftige Kranke eingestellt werden. Diese Schiffe werden dann je zwei wöchentliche Fahrten auf der Wolga zum ihren größeren Nebenflüssen unternehmen. Nach Beendigung eines solchen Jahres werden die Wähe einer neuen Fahrt nach Weiden eingedampft. Die Plätze auf den Schiffen sind ausschließlich für Mitglieder der Gewerkschaften bestimmt. Die ersten Fahrten begannen am 15. Mai.

Republikanischer Kandidat ist Otto Braun!

Wedding.

Im Schulhof, Charloestrasse, ergriff gestern Abend vor überfüllter Versammlung Genosse Spinski das Wort zu einer eingehenden Abrechnung mit den Kandidaten der Rechten, die sämtlich Helfershelfer bei der Wiedereinführung der Monarchie wären. Diese Leute seien um so eher abzulehnen, als es sich bei der Arbeiterklasse nicht nur um einen Kampf um die Staatsform, sondern um die Erlangung eines menschenwürdigen Daseins überhaupt handele. Der ganze Wahlkampf der Rechten ist ein einziges großes politisches Geschäft. Wir haben als Partei des arbeitenden Volkes, das die deutsche Republik überhaupt erst geschaffen hat, keinen Anspruch darauf, abermals den Reichspräsidenten zu stellen, zumal der vorhergehende sein Amt in der vorbildlichsten Weise verwaltet hat. Seiner haben die Arbeiter ihre politische Macht nicht erlitten, denn sonst wäre es nicht möglich, daß die Arbeiterklasse im Vergleich zu der bürgerlichen in einer sehr geringen Auflage erscheinen muß. Hier, oder auch im Vergleichen, Sport, Spiel u. a. unterliegen Arbeiter den gemeinsamen Gegnern. Dabei hören diese Leute nicht auf, uns mit den gemeinsten Waffen zu bekämpfen. Der neueste Schlag er ist die Sensationsmeldung, daß der Genosse Otto Braun Ausgehender empfangen hätte. Man muß sich fragen, woher diese Leute noch den Mut zu solchen Dreistigkeiten nehmen. Es hat sich gezeigt, daß sie weder in der Aufwerfung noch sonst irgendwo auch nur den Versuch gemacht haben, das zu halten, was sie vor dem 7. Dezember versprochen hatten. Besonders in der Frage des Wohnungsbaus hätte auf Grund der Einnahmen aus der Vermögenssteuer unendlich viel zur Milderung der Not griffen werden können. Wir wissen, daß die Republik auf dem Spiele steht. So wie sie ist, ist sie gewiß noch nicht nach unserem Ideal, dennoch ist sie rein formell so, daß wir sie in Richtung unseres Ideals ausbauen können. Seht alle Kraft ein für Otto Braun, dann ist der Sieg unser. (Stürmischer Beifall.) Die Diskussion unterließ noch die Ausführungen des Referenten. Die Versammlung fand mit einem Schlusswort des Genossen Spinski und einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratische Partei ihr Ende.

Baumshulweg.

Die gestrige Wählerversammlung in Baumshulweg war sehr gut besucht. Gen. Kuttner schilderte die geschichtliche Entwicklung, die von der Monarchie zur Republik. Der Redner beschaffte sich dann mit der neuesten sozialen Politik Friedrich Eberts, der ebendies auf dem Posten gestanden sei, auf den ihn die deutsche Arbeiterschaft gesetzt habe. In keinem anderen Lande der Welt sei eine solche Höhe gegen den Präsidenten möglich gewesen; in Amerika z. B. empfahlen sich die Kandidaten vor der Wahl durch den Nachweis irgendwelcher praktischer Arbeitsleistungen. Der Entwicklungsgang Eberts hat Bewunderung erregt, während unsere ehemaligen Diplomaten in der ganzen Welt als nicht sehr befähigt verschrien waren. Die Reaktionskräfte wollten sich heute in das gemachte Bett legen, um dann zu behaupten, daß sie das Regieren besser verständen. Das Volk hat die sechs Jahre der Erschlitterungen vergessen; damit rechnen sie. Jarres ist zur Kandidatur gelangt, weil man ihm nichts nachsagen könne. Die „Deutsche Tageszeitung“ nennt ihn keinen Titan; er sei ohne Format. Wir kennen keine absolute Fortlosigkeit, wissen, daß er nur ein Verlegenheitsprodukt ist. Ebenso unmaßig sind die Kandidaten Heß und Lubendorf. Der Referent nahm dann Bezug auf die sensationellen Skandale, denen er die Ämter früherer Zeiten gegenüberstellte. Eingehend schilderte er die lügnische Politik der Bürgerlichen, die die Geldfröme in die Tasche der Besessenen stecken wollten. Wenn in der Republik kapitalistische Politik getrieben wird, dann sind die Wähler allein daran schuld. Schon der erste Wahlgang nach dem kurzen moralischen Erfolge der Republikaner führte. Genosse Otto Braun, sagte der Redner weiter, hat das Format, eine leitende Stelle zu bekleiden. Seine bisherige Tätigkeit gebe den Beweis dafür. Nicht aus Keimlichen Gründen soll wieder ein Sohn des Volkes, ein Republikaner, ein Sozialist den Posten bekleiden, sondern um unserer Staatsform den wahren Inhalt zu geben. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Pankow.

In Pankow Feststätten in Pankow sprach gestern vor überfüllter Versammlung Genosse Staatssekretär Heinrich Schulz und Genosse Liedtke. Genosse Schulz gedachte des heimgegangenen Reichspräsidenten. Er wies auf den zweiten Magdeburger Prozeß hin und daß hier Eberts Person immer reiner in den Vordergrund trete. Ebert ist tot, doch sein Geist lebt. Deutschland ist Republik und wird es bleiben, wenn das Volk auf dem Posten ist. Eberts großes Verdienst ist die Erhaltung der Republik. Seit Monaten wählen und heben die Rechtsparteien gegen sie und heben einen Mann auf ihren Schild, der da gesagt hat, daß das Rhein-

land verjagen müsse, um es später mit Waffengewalt wieder zurückzugewinnen. Bezeichnender kann dieser Mann seine Ziele nicht unterstreichen. Und darum gilt es einen Kampf bis zum äußersten. Redete nicht Jarres auch in der Wohlharmonie von „Reform der Verfassung“? Volksgenossen, seid auf eurer Hut vor diesem Rechtskandidaten, dem Freund Kilingers, Schulz und Liedtke, der Erzberger-Mörder. Jarres ist und bleibt der Kandidat der Ausbeuter und Schwerindustrie. Unter allgemeiner Heiterkeit wies der Redner auf die Kandidatur Lubendorfs hin. Warum haben die Kommunisten, die Steigbügelhalter der Deutschnationalen, nicht statt Thälmann Schöten oder Ruth Fischer nominiert? Weil sich die Kommunistische Partei durch die Rechten selbst gerichtet hätte. Und nur darum wurde der Hamburger Transportarbeiter Thälmann aufgestellt. Wir müssen den Gedanken der neuen Zeit vertreten, für politische Freiheit, für Frieden und menschliche Gerechtigkeit gegen jede Ausbeutung der Arbeiterklasse. Diese Gewähr bietet uns allein unser Kandidat Otto Braun, der die Volksgenossen gebührend vertreten wird. Genosse Liedtke sprach im gleichen Sinne. Ein donnerndes Hoch auf die SPD. beendete die Rundgebung.

Brick.

In einer sehr gut besuchten Versammlung in Brick sprach Genosse Adolf Hoffmann. Er würzte seine Rede in seiner besonnenen volkstümlichen Art mit zahlreichen Episoden aus der Vergangenheit. Er war von dem Landtagspräsidenten u. Krüger seiner Zeit zur Ordnung gerufen worden, weil er die Wahl des preussischen Königs durch das Volk verweigert hatte. Dieses Verlangen betraute die Präsidenten als Hochverrat. Dieser Hochverrat, fuhr Hoffmann fort, ist heute Wirklichkeit geworden. Wir aber sehen uns nach den Zeiten, die vor dem Krieg gewesen sind, nicht zurück. Wir hatten nach dem Urteil selbst der Monarchisten einen unfähigen Monarchen, der nicht einmal in der Lage war, seine Ratgeber zu wählen und sich seine Ratgeber zu halten. Als der Zusammenbruch kam, hat sich der Monarch, um es vollständig auszudrücken, „geholländert“. Wenn wir die Republik mit totalen Indult erfüllen wollen, dann dürfen wir auch nicht vergessen, die Frauen zu uns hinzuzuziehen. Wir haben jahrelange Forderungen für das Wahlrecht der Frauen gestritten, obwohl wir wußten, daß die Frau in der ersten Zeit ihrer politischen Betätigung reaktionär wählen würde. Wir müssen aber die Frauen aufklären, daß sie richtig wählen. Jarres kann es nicht bestritten, daß er trotzdem er von den Parteien, die sich das Nationalgefühl haben patentieren lassen, aufgestellt hat, das Rheinland hat preisgeben wollen, um es in einem neuen Krieg zurückzubekommen. Wir aber wollen keinen neuen Krieg. Wir wollen die soziale Republik und darum treten wir für unseren Kandidaten, Genossen Otto Braun, ein. In Auseinandersetzungen mit den Kommunisten fertigte Genosse Hoffmann auch diese sehr wirksam ab. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie und Republik schloß der Leiter die ausgezeichnet verlaufene Versammlung.

Eine Reichsbannerkundgebung.

Die Ortsgruppe Weiskensee des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veranstaltete am Freitag Abend in den Borussia-Café eine republikanische Kundgebung, in der an Stelle des verhinderten Reichstagsabgeordneten Genossen Künzler der Göttinger Reichstagsabgeordnete Redakteur Genosse Schiller über die Bedeutung der bevorstehenden Präsidentenwahl für die deutsche Republik referierte. Die deutschen Republikaner mühten sich gegen die von den monarchistischen Intriganten, die unter dem Deckmantel der Ueberparteilichkeit den Monarchisten Jarres auf den Schuld erboben hatten, eine geschlossene Front der entscheidenden Republikaner entgegenzustellen. Es gilt einen Würdigen mit dem großen Gese Frig Eberts zu betrauen. An der Spitze der deutschen Republik muß ein Mann stehen, der bereit ist, mit dem Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit die heilige Idee des republikanischen Staatswesens alle Widerstände zu überwinden. Es muß ein Mann aus den Reihen des Volkes sein, der die Räte der Volkswirtschaft kennt und in lebendiger Verbindung mit den breiten Massen steht. Nach Schluß der Kundgebung formierte sich ein Zug von etwa 600 Reichsbannerleuten, der geschlossen in die innere Stadt marschierte. Da man mit Störungsversuchen der Kommunisten gerechnet hatte, waren aus den einzelnen Distrikten Schutzabteilungen des Reichsbanners gestellt worden. Während die Kundgebung selbst ohne Zwischenfälle verlief, kam es beim Abzug der Reichsbannerleute zu Störungsversuchen der Kommunisten, die vielleicht verhängnisvolle Folgen hätten zeitigen können. Aus den Seitenstreifen brachten einzelne Trupps des Roten Jungsturms, die den Zug der Reichsbannerleute eine Strecke des Weges besetzten und mit Schmäuchen überschütteten. Trotzdem die Situation teilweise recht kritisch war, kam es dank der Disziplin des Reichsbanners zu keinem tätlichen Zusammenstoß.

Alles um einen Hasenbraten.

Aus Angst vor Strafe meineidig geworden. Um der geringen Bestrafung wegen eines Jagdvergehens zu entgehen, hatten sich der Bäckermeister Rogg R. und dessen Bruder, der Arbeiter Adolf R. aus Eggersdorf bei Wittenberg eines falschen Zeugen bedient. Aus diesem Versteck Anlaß wurde für sie und den falschen Zeugen, dem Zimmermann Wilhelm F., ein schwerwiegendes Meineidverfahren, das sie auch ins Zuchthaus gebracht hat. Die beiden Brüder R. waren leidenschaftliche Jäger und hatten sich in der Nacht zum 28. Oktober 1908 auf die Hasenjagd begeben. Von einer Patrouille wurden sie in der Feldmark, als sie auf Anstand logen, abgefaßt, gaben das Wildern auch zu, indem sie lachend erklärten, sie wollten auch einmal einen Hasenbraten essen. Nachdem das Strafverfahren eingeleitet worden war, änderten sie ihre ursprüngliche Angabe und behaupteten, nicht gewildert zu haben. Vielmehr wollten sie auf der Jagd nach Einbruch der Nacht gewesen sein, die in der Nacht verfaßt hatten, einen Einbruch auf dem Grundstück des Bäckermeisters zu verüben. Diese Angaben wurden durch den Zimmermann F. bestätigt. Den Angeklagten mußte das nichts, denn das Gericht erkannte, daß es sich um eine faule Ausrede handelte und verurteilte beide Brüder sowohl in der ersten als auch in der zweiten Sitzung, obwohl auch da noch F. bei seinen Angaben blieb, daß er gesehen habe, daß die beiden R. Einbrecher verfolgt hätten. F. blieb auch als Angeklagter vor Gericht bei seiner Angabe. Es wurde jedoch erwiesen, daß er sich zuerst gestraut hatte, falsches Zeugnis abzugeben und erst durch Rogg R. auf vieles Zureden dazu veranlaßt worden war. Die Brüder hatten ihn vor der Gerichtsverhandlung von Hause abgeholt und sich unterwegs vergewissert, daß er auch „richtig“ aussage. Das Schwurgericht des Landgerichts III hielt die Schuld der drei Angeklagten für erwiesen. F. wurde wegen Meineides in zwei Fällen zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und wegen Anstiftung zum Meineide wurde Rogg R. zu 1 Jahr 6 Monaten, Adolf R. zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt. Außerdem wurde bei sämtlichen Angeklagten auf 3 Jahre Ehrverlust erkannt. Die Untersuchungsfrist wurde in Höhe von 7 Monaten angesetzt, jedoch wurde die Haftentlassung abgelehnt. — Die Justizreformer beschäftigen schon lange die Tatsache der überhand nehmenden Meineidprozesse mit ihren die Ehre rücksichtslos vernichtenden Justizhausurteilen. Der vorliegende Fall ist typisch dafür, wie durchsahre ehrenhafte Leute sich durch Angst und Unbesonnenheit zu Schritten verleben lassen, in die Justizmaschine geraten, und nun durch den Meineidparagrafen für ihr weiteres Leben vernichtet werden.

Eine Liebestragödie.

Einen blutigen Abschluß fand ein Liebesverhältnis in Pankow. Dort wohnt in der Wallankstr. 18 die 45jährige Frau Machnow, die von ihrem Ehemann getrennt lebt. Bei ihr wohnte der 30jährige Arbeiter Walter Böhme. Die Zuneigung, die die beiden zusammengeführt hatte, hatte sich in der letzten Zeit in Abneigung verwandelt. Frau Machnow verfuhr sich, Böhme zu veranlassen, aus der Wohnung auszuziehen. Dieser dachte oder nicht daran, sondern äußerte, wenn von einem Auszug die Rede sei, so würden sie beide ausziehen. Frau Machnow hatte die Kammerkammer gegen ihn angestrengt und der Untermieter war verurteilt worden, auszugehen. Da er sich aber immer noch weigerte, sollte in den nächsten Tagen ein Gerichtsvollzieher kommen, und ihn zwangweise entfernen. Gestern nachmittag gegen 2 Uhr kam es zwischen Frau Machnow und Böhme wieder zu Streitigkeiten, die diesmal damit endeten, daß Böhme einen Revolver zog und auf Frau Machnow einen Schuß abgab, der die Schwere am Kopf verletzte. Dann löstete er sich selbst durch einen Schuß in das rechte Ohr. Die schwerverletzte Frau wurde von herbeieilenden Nachbarn und Beamten der Schutzpolizei in bedenklichem Zustande in das Krankenhaus Pankow gebracht.

„Sie wollen nur Kanonenfutter.“

In Nr. 121 vom 12. März (Wendausgabe) machten wir in einer Roux mit dieser Ueberschrift die Mitteilung, daß im Landesausschuss der Kinderreichen ein Generalmajor a. D. Ditz tätig ist, und wir bemerken nebenbei, daß er ein Monatsgehalt von 600 M. bezöge. Generalmajor a. D. Diet hat jetzt auf die Befestigung, daß zwar seine Vorgänger 600 M. Monatsgehalt bezogen haben, daß aber jetzt sein Gehalt 263 M. für den Monat beträgt.

Dank religiöser Sozialisten, Neufahrn. Freitag, den 28. abends 7 Uhr, findet im Gemeindefest Saal, 9 Uhr ein Kundgebungsabend mit Beginn unserer Bewegung statt. Genosse Schöten u. a. spricht einleitend über Gesellschaft und Brüderlichkeit, Staat und Gemeindefest.

Sport.

Dienet schlägt Kösemann nach Punkten.

Die große Berliner Bogenschießgesellschaft hat sich gestern Abend wieder sehr zahlreich um den Ring im Sportpalast gekämpft. Zur Ausschreibung für die deutsche Schwergewichtsschießgesellschaft traten Ernst Kösemann und Franz Dienet in den Ring. Das Treffen der Schwergewichtler fand wie gewöhnlich das Interesse des Abends. Dienet stets vorsichtig und mit guter Behartheit im Kampf, Kösemann meist ohne Bedienung und stets auf seinen „Moment“ wartend, der aber nicht kam. Dem bedeutend verbesserten Dienet gelang es, Kösemann so stark anzuschlagen, daß dieser sich in den folgenden Runden nicht mehr zurückhielt. In der ersten Runde sogar für einige Zeit in die Arnie geschickt, mußte er nach acht Runden Dienet den Punktstiel überlassen. Sid Page-England mußte in den ersten Runden von dem jungen, harten Dietmann viel einstecken. Langsam konnte der Engländer im Rahmpfing seinen Punktverlust aufholen. Nach guten acht Runden kommt endlich das Treffen mit Unentschieden. Zur Ausschreibung für die deutsche Mittelgewichtsschießgesellschaft traten Anton Domagala und Anton Wilmisch durch die Seile. Schon in der zweiten Runde übernahm Domagala die Führung und mußte sie aus. Trotz der guten, jähen Verteidigung Anton Wilmisch mußte er den Punktstiel, nach 10 Runden, Domagala überlassen. Besonders hart mitgenommen wurde er in der letzten Runde. Punkte und Heer der Ilfordzug freuten als alte Gegner die Handschuhe. Nach harten zehn Runden Kampf ging Punkte als Punktstiel herover. Das Schwergewicht fand Erich Nielsen wurde von dem jungen Brandl in der zweiten Runde zweimal bis zum Boden geschickt, gab dann den Kampf wegen noch nicht völlig wiederhergestellter Gelundheit auf.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 2 Kreis Charlottenburg. Das Wahlmaterial ist um den Abteilungen ab 7 Uhr im Brunnhaus, Köpenickerstr. 4, abzugeben.
- 45. Wkt., Gruppe Tempelhof. Erste Abend 6 Uhr bei Schillerstr. Reichshaus, Straße 12, in der Nähe des Postamtes und im Altkirchhof. Sonntag früh 9 Uhr in der Pankow, Pankow und im Altkirchhof.
- 46. Wkt., Tempelhof. Sonntag, nachm. 2 Uhr, treffen sich die Mitglieder und Angehörigen zum ersten Wahlkampf in der „Linde“ Friedrich-Rath-Str. 10. Abteilungsleiter und Angehörige müssen erscheinen.
- Wahlkreis Tempelhof, Gruppe Tempelhof-Weißensee. Die für Sonntag, den 22. März, geplanten Wahllokale sind: 1. Wkt. Tempelhof, in der „Linde“, Friedrich-Rath-Str. 10. 2. Wkt. Tempelhof, in der „Linde“, Friedrich-Rath-Str. 10.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

- Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Versammlung: Berlin S. 14, Seckauerstr. 37/38, Hof 2. 2. März, 8 Uhr, Treffpunkt im Saal des Reichsbanners.
- Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Versammlung: Berlin S. 14, Seckauerstr. 37/38, Hof 2. 2. März, 8 Uhr, Treffpunkt im Saal des Reichsbanners.
- Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Versammlung: Berlin S. 14, Seckauerstr. 37/38, Hof 2. 2. März, 8 Uhr, Treffpunkt im Saal des Reichsbanners.

Zeugenaufmarsch in Magdeburg.

Immer noch um Eberts Treptower Rede.

B. S. Magdeburg, 21. März 1923.

Bei Eröffnung der heutigen Sitzung durch Landgerichtsdirektor Rudolph wurde als erste Zeugin Frau Elisabeth Jenisch aus Köpenick vernommen, die die Treptower Versammlung mitgemacht hat. Die Zeugin schildert dann in der üblichen Weise den Verlauf der Treptower Versammlung. Bezüglich der Rede des verstorbenen Reichspräsidenten erinnert sich die Zeugin an die Worte: „Die Arbeit wird wieder aufgenommen. Ihr bekommt nähere Nachrichten durch die Vertrauensleute.“ Dieser Satz Eberts sei die Antwort auf die Frage gewesen, die von der Zeugin und deren Arbeitskollegen gekommen seien.

Der folgende Zeuge war der Geschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei aus Rügen, Marzahn. Der Zeuge arbeitete 1918 bei den Bergmann-Werken in Berlin. Von Unabhängigen seien schon lange vorher von dem kommenden Streik gesprochen worden, wobei man Unterstützung und Hilfe der mehrheitlich sozialistischen Führer absehnte, weil diese zu feige seien.

Vorl.: Sie sollen Nachrichten an einen Marxen oder Wahl in Bremen geschoben haben, der dem „Freien Ausschuss“ zur Erlangung eines Arbeiterfriedens“ angehörte. Wenigstens behauptet das Herr Wahl.

Zeuge: Die Organisation kannte ich überhaupt nicht. — Vorl.: Hat sich der Eintritt der SPD. in die Streikleitung in Ihrem Betriebe bemerkbar gemacht?

Zeuge: Jawohl, denn danach lief alles aus den Betrieben heraus. Am Tage der Treptower Versammlung erzählten mir Kollegen am Alexanderplatz, daß Ebert und Dietmann geflohen hätten, wir brauchten den Streikbefehl nicht mehr gehorchen. Manche Kollegen behaupteten, daß Ebert das gesagt habe, andere wollten es von Dietmann gehört haben.

R. A. Dr. Lutzgerode: Wor unter Ihren Kollegen nach der Treptower Versammlung die Auffassung vorhanden, daß man nun die Streikbefehle nicht mehr zu fürchten braucht?

Zeuge: Gewiß. Es wurde auch ganz offen im Betriebe davon gesprochen.

Konrad A. Steffe aus Wlertshof war während des Streiks bei der Firma Lorenz tätig. Er betonte, daß die mehrheitlich sozialistischen Funktionäre ihnen nach der Treptower Versammlung gesagt hätten, daß sie sich nach den Ausführungen der Redner an die Partei wenden sollten, falls sie einbezogen würden. Die Leute seien hoffnungslos gewesen und hätten erzählt: Nur wird der Krieg bald zu Ende sein. Die Arbeiter in anderen Städten stehen zu uns.

Auf Befragen des Vorsitzenden gibt der Zeuge an, daß er den christlichen Gewerkschaften angehöre.

Der Dreher Frig Siemann aus Bronschweig hat den Januarstreik in Berlin mitgemacht, und wurde dann, nach seinen Angaben, bis Kriegsende fahnenflüchtig. Der Zeuge war feinerzeit in der Spandauer Arbeitervereinsleitung tätig. In der Treptower Versammlung habe er Eberts Rede gehört, der seine Ausführungen mit der Mitteilung begonnen habe, daß die SPD. in die Streikleitung eingetreten sei. In der Versammlung wurde zur Fahnenflucht aufgefordert. Das war es, was ich brauchte, denn ich trug mich mit dem Gedanken schon.

Vorl.: Das haben Sie wirklich gehört? Wollten Sie vielleicht das bloß hören?

Zeuge: Nein. Ich wunderte mich darüber, denn ich hatte so etwas von Ebert nicht erwartet.

Vorl.: Welcher Partei gehörten Sie damals an? — Zeuge Siemann: Der USPD.

Der Vorsitzende verlas hierauf die Aussage des erkrankten Prokurators Weber aus Heilberg, der eingehend den Verlauf des Streiks schilderte. Er habe versucht, durch Vermittlung des Streiks so schnell als möglich zu beenden, nachdem Staatssekretär Wallraf die Werdnauer der Arbeiter unter Führung Scheidemanns abgewiesen hatte. Bei seiner Unterredung mit Ebert und Scheidemann sei der letztere sehr aufgeregt, Ebert aber sehr ruhig gewesen. Eberts Verhalten sei das Gegenteil von dem eines Mannes gewesen, der den Streik überwinden wollte. Auch heute noch ist es meine Ansicht, daß Wallraf's Verhalten unzumutbar war, daß man in München den Konflikt viel geschidter gelöst hat. Wenn Eberts Rede in Hauptansicht am 23. Januar 1918 eine Streikdrohung gewesen wäre, hätte ich meine Beziehungen zu ihm abgebrochen und seine gesellschaftliche Stellung wäre auch sonst erschüttert worden, seine Beziehungen zu den Behörden erledigt gewesen.

Nach Verlesung weiterer schon aus der ersten Verhandlung bekannter Schriftstücke wurde die Verhandlung dann auf Montag früh 9 1/2 Uhr vertagt.

Sozialistischer Sejmpräsident in Lettland.

Riga, 21. März. (W. B.) An Stelle des zum Gefandten in London ernannten Abgeordneten Wesmanis wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Paul Kalnin mit 36 gegen 20 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen zum Sejmpräsidenten gewählt. Genosse Kalnin ist einer der ältesten Führer der lettischen Sozialdemokratie, der auch in deutschen Parteifreien gut bekannt ist und in früheren Jahren viel in der deutschen Parteipresse mitgearbeitet hat.

